

VERKEHR

22.11.16

## Naturschützer kritisieren: A-26-Trasse ist rechtswidrig

Von *Oliver Schirg*



Die Köhlbrandbrücke muss demnächst grundlegend erneuert werden

Nabu und Anwohner machen gegen die Trassenführung für die neue Autobahn 26 mobil. Sie schlagen eine "Nordroute" als Alternative vor.

Anzeige geschlossen von **Google**

[Diese Werbung blockieren](#)

[Datenschutzinfo](#) 

Hamburg. Naturschützer und Anwohner machen gegen die jüngst von der Verkehrsbehörde vorgestellte Trassenführung für die **neue Autobahn 26** im

Süden Hamburgs mobil. "Wir halten die Trasse für rechtswidrig", sagte Alexander Porschke, Präsident des Naturschutzbundes (Nabu) in Hamburg, am Sonntag. Man werde die Unterlagen prüfen und – allerdings erst nach Beginn des Planfeststellungsverfahrens – gegebenenfalls vor Gericht gegen die Planungen vorgehen.

Verkehrsstaatsrat Andreas Rieckhof (SPD) hatte Mitte Oktober den aktuellen Stand der künftigen Hafenuferspange vorgestellt. Die neue Trasse soll demnach 9,5 Kilometer lang werden und südlich des Hafens die A 7 mit der A 1 verbinden. Die Kosten werden derzeit mit rund 890 Millionen Euro angegeben. Die Hafenuferspange gilt im neuen Bundesverkehrswegeplan als bevorzugtes Projekt und könnte daher bereits Mitte des kommenden Jahrzehnts fertig sein.

### **Kritik nicht nur von Naturschützern**

Kritik an den Planungen gibt es aber nicht nur von Naturschützern. Manuel Humburg vom Verein Zukunft Elbinseln Wilhelmsburg und Sören Jansen von den Grünen fürchten den Verlust von Naturflächen, erhebliche Lärmbelastigung, höhere Kosten und eine "Kollision mit geplanten Wohnungsbauprojekten in Wilhelmsburg". Sie schlagen daher eine Überprüfung der Trassenplanung vor und plädieren für den Ausbau der sogenannten Nordroute, die vom Veddel Dammerquerweg quer durch den Hafen bis zur Anschlussstelle Waltersdorf führen würde.

Die Errichtung der Trasse sei kostengünstiger und rascher umzusetzen, sagten beide. Positiver Nebeneffekt: Die für den Bau der A 26 geplanten Bundesmittel könnten für die notwendige Erneuerung der Köhlbrandbrücke verwendet werden. Enerk Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, habe ihm auf einer öffentlichen Versammlung gesagt, das sei denkbar, wenn Hamburg einen Antrag stelle, sagte Humburg.

Der Grünenpolitiker Jansen kündigte an, dass er am kommenden Wochenende auf dem Landesparteitag seiner Partei einen Antrag auf Überprüfung der Hafenuferspange stellen werde. Der mit den Sozialdemokraten geschlossene Koalitionsvertrag lasse einen derartigen Schritt zu. Die Trassenplanungen müssten berücksichtigen, dass Menschen dort wohnten. Zudem gingen durch die A 26 Flächen für den Wohnungsbau verloren.